

Niederschrift

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 05.03.2013

Ort: Stadthaus, 1. Etage, Raum 116, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:45 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:00 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:50 Uhr bis 19:00 Uhr

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Tischvorlagen wurden ausgegeben:

Präsentation der Stadt Halle und der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
Rauschenbach & Kollegen GmbH

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass in der heutigen Sitzung nach Rücksprache mit einigen Fraktionen des Stadtrates die Mittelansätze des Geschäftsbereiches III nicht beraten werden, sondern vielmehr das Hauptaugenmerk auf die Darstellung der Risiken des Haushaltes gelegt und ein Ausblick auf die Finanzplanung gegeben werden sollte.

Herr Wolter stellte den Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt:

3.2

Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Festlegung der weiteren Beratungsfolge

Abstimmung über den Ergänzungsantrag:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis über die geänderte Tagesordnung:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Darstellung der Risiken und Ausblick auf die Finanzplanung
Vorlage: V/2012/11037
 - 3.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Festlegung der weiteren Beratungsfolge
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündlichen Anfragen
8. Anregungen

zu 3 **Beschlussvorlagen**

zu 3.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011** **Vorlage: V/2012/11037**

Herr Dr. Meerheim ließ über das Rederecht von Herrn Rauschenbach (Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Rauschenbach & Kollegen GmbH) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Herr Geier bedankte sich bei den Mitgliedern des Finanzausschusses für das Eintreten in ein Dialogverfahren zum Haushalt 2013 der Stadt Halle (Saale). Wie in der vergangenen Sitzung des Stadtrates zugesagt, möchten er und Herr Rauschenbach in Form einer Präsentation über die im Haushalt enthaltenen Chancen und Risiken informieren.

Die Präsentation wurde als Tischvorlage ausgegeben und als Dokument im Session eingestellt. Der Inhalt wurde wechselseitig von Herrn Geier und Herrn Rauschenbach vorgetragen und einige zusätzliche Erläuterungen gegeben.

(Während der Präsentation kamen 16:45 Uhr Herr Bönisch und 16:50 Uhr Herr Wehrich in die Sitzung.)

Herr Dr. Wiegand betonte, dass im Bereich Kita von ihm keine Kürzung mit der Überarbeitung des Haushaltes vorgenommen wurde, sondern ein beantragter Aufwuchs gegenüber dem Jahresansatz 2012 nicht genehmigt wurde. Dieser Aufwuchs wurde bei der Überprüfung zum Teil anerkannt. Die Kontrollen seien in diesem Bereich jedoch noch nicht abgeschlossen.

Herr Rauschenbach betonte, dass das Haushaltsjahr 2013 gegenüber dem kommenden Jahr eher unproblematisch sei. Das Ziel der Versachlichung der Diskussion solle weiter verfolgt werden. Die „schwarze Null“ sei seiner Meinung nach vertretbar. Die eigentliche Arbeit beginne mit der politischen Schwerpunktsetzung der Ausgaben und Einnahmen des Haushaltes 2014 ff.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Krause, Herr Bönisch, Herr Misch, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Müller, Herr Wehrich, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Dr. Wiegand, Herr Geier und Herr Rauschenbach.

Herr Geier informierte aufgrund einer Nachfrage, dass die Änderungen der Fachausschüsse noch nicht berücksichtigt seien, da sie noch geprüft werden müssen. Änderungen im

Haushaltsverlauf werde es immer geben. Diese könnten in diesem Jahr in den avisierten Nachtragshaushalt eingearbeitet werden.

Die Mitglieder des Ausschusses bedankten sich für die Präsentation bei der Verwaltung und Herrn Rauschenbach. An ihr sei zu erkennen, dass die Bedenken der Stadträte ernst genommen werden. Dies sei z. B. an der Verbesserung der Ansätze für den Bereich Kita und die Straßen erkennbar. Jetzt sei die richtige Richtung für einen effektiven Diskussionsweg eingeschlagen worden und die gemeinsame Prüfung könne beginnen. Wichtig wären u. a. die Abwägung der Risiken, die Schätzung der Höhe eines ggf. notwendigen Nachtragshaushaltes und die Teilnahme am Förderprogramm STARK IV. Nicht außer Acht sollte ebenfalls gelassen werden, dass „Flickschusterei“ aufgrund geringer finanzieller Mittel auf längere Sicht teurer ist als eine rechtzeitige gründliche Instandsetzung. Prioritäten müssten gezielt gesetzt werden.

Herr Geier bestätigte, dass es eines der wichtigen Themen sei, den Ausgangspunkt des Konsolidierungsvolumens zu definieren. Die Vorgaben des Landes seien noch nicht ganz geklärt und deshalb sei auch der Konsolidierungsaufwand noch nicht in Gänze beschrieben.

Herr Rauschenbach ergänzte, dass alle der Stadtverwaltung bekannten Risiken angepasst wurden. Die Überarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sei notwendig, da aus heutiger Sicht und nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre ein Jahresfehlbetrag im Haushalt erwartet werde. Das strukturelle Defizit müsse ausgeglichen werden. Es bleibe keine andere Wahl, als viele Einzelmaßnahmen zu diskutieren. In vergleichbaren Städten waren es 200 – 400 Stück. Die Ergreifung von Maßnahmen gegen das strukturelle Defizit sei auch die Grundlage für eine ausgeglichene Finanzplanung, die wiederum wichtig für die Teilnahme am Förderprogramm des Landes für STARK IV ist. Er betonte, dass er diesen Prozess in der Stadt Halle (Saale) gern begleiten und für 2014 einen mit dem Stadtrat ausführlich abgestimmten und ausgeglichenen Haushaltsplan inklusive der Finanzplanung erwirken möchte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand betonte ausdrücklich, dass nur die finanziellen Mittel ausgegeben werden können, die die Stadt zur Verfügung hat. Vor diesem Hintergrund wurden die Budgetvorgaben der Geschäftsbereiche festgelegt. Der Haushaltsausgleich sei eine gesetzliche Vorgabe und wird für die Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt sehr wichtig sein. Die in den vergangenen Jahren zum Teil erlassenen Genehmigungen wahrten nur den Schein, da sich regelmäßig die Auflage der Verfügung einer sofortigen Haushaltssperre anschloss. Die politische Verantwortung der entsprechenden Gremien sei sehr hoch. Schwierige finanzpolitische Abwägungen stehen bevor und seien dringend nötig. Für jede notwendige bzw. gewünschte Mehrausgabe müsse eine Deckung nachgewiesen werden.

Aufgrund einer speziellen Nachfrage und im Anschluss an die Diskussion im Ordnungs- und Umweltausschuss bezüglich der weit auseinander gehenden Ansätze und Bedarfe im Bereich der Grünflächen und Spielplätze führte Herr Geier aus, dass dem Geschäftsbereich II im Jahre 2010 = 3,7 Mio. €, 2011 = 3,4 Mio. €, 2012 = 3 Mio. € und im Plan 2013 = 3,3 Mio. € zur Verfügung standen. Es könne zwar sein, dass diese Mittel nur einen Minimalbedarf decken, aber die Prioritätensetzung sollte im Geschäftsbereich II unter fachlichen Gesichtspunkten erfolgen.

Herr Rauschenbach fügte an, dass eine Diskussion aller Themen vernünftig sei. Es sei davon auszugehen, dass alle Ausgaben der Verbesserung der Stadt für ihre Bürger dienlich sind und es dafür ausreichend gute Argumente gebe. Die Stadt könne aber nur so viel Geld ausgeben, wie sie zur Verfügung hat.

(17:50 Uhr – Herr Dr. Wiegand verließ die Sitzung aufgrund der Teilnahme an dem Termin Dienstleistungszentrum Bürgerengagement: Diskussion mit Bürgern und Bürgervereinen.)

Aus den Reihen der Mitglieder wurde zu bedenken gegeben, dass 62 % der Gemeinden im Land Sachsen-Anhalt keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten und somit der gesetzliche Auftrag zum Haushaltsausgleich nicht erfüllt wurde. Die Kommunen haben nicht nur einen gesetzlichen Haushalt vorzulegen, sondern auch die Pflichtaufgaben für ihre Bürger vollumfänglich zu erfüllen. Die effiziente Aufgabenerfüllung müsse demnach ebenfalls in den Focus der Prüfungen gerückt werden.

Der Zeitpunkt für die Vorlage des Nachtragshaushaltsplanes sollte in den Beschlussvorschlag für den Haushalt aufgenommen werden, um die Bindung an die Zusagen zu erhöhen und dem Landesverwaltungsamt ein deutliches Zeichen zu geben.

Es wurde kritisiert, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand die Sitzung verlassen hat, da Fragen bezüglich der politischen Steuerung der Thematik Haushalt an ihn persönlich gestellt werden sollten. Seit vielen Jahren sei keine auskömmliche Finanzierung des Haushaltes der Stadt Halle mehr gegeben. Deshalb bestehe ein derartig notwendiger Ausgabenstau. Der gute Umgang mit dem doppelten Haushalt sei erkennbar. Jedoch fehle die Darstellung der möglichen politischen Zugriffe. Lohne sich eine politische Diskussion, oder sind alle Ausgaben Pflichtaufgaben? Wie stellt sich die Verwaltung die weitere Haushaltsdiskussion vor? Die Zielstellung sei nicht erkennbar. Vorschläge des Oberbürgermeisters liegen nicht vor.

Es wurde daraufhin ausgeführt, dass politische Diskussion und Antragstellungen im Stadtrat immer möglich seien. Diese führten im Rahmen der Haushaltsdiskussion in der Vergangenheit regelmäßig zu Defizitaufwüchsen. Dies stelle ein erhöhtes Risiko für die Haushaltsgenehmigung dar. Ziel solle es sein, im Rahmen des Budgets der einzelnen Geschäftsbereiche die Effektivität der Verwaltung z. B. durch die Durchführung von Aus- und Fortbildung oder den Einsatz moderner Datenverarbeitungstechnik zu erhöhen.

Im Sportausschuss wurde kein abschließendes Votum zum Haushalt abgegeben, weil die von der Verwaltung eingebrachte Sportförderrichtlinie zu einer Erhöhung des Haushaltsausgabevolumens durch höhere Zuschüsse an Vereine führe und noch nicht in den Haushalt eingearbeitet wurde. Der Stadtrat hat u. a. an dieser Stelle eine hohe Verantwortung für den Haushalt nachgewiesen.

Die Verwaltung wurde um eine schriftliche Stellungnahme zu diesem Sachverhalt gebeten.

In Bezug auf die Risikoabwägung des Haushaltes wurde von einem Ausschussmitglied angeregt, dass diese noch z. B. um den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement oder die Gewinnerwartungen aus dem Stadtwerkekonzern erweitert werden. Auch Benchmarks sollten mehr genutzt werden. Der Finanzbedarf müsse belegbar nachgewiesen werden, um eine verbesserte Finanzierung durch das Land einfordern zu können.

Herr Rauschenbach informierte, dass die politische Diskussion über die Auskömmlichkeit der kreisfreien Städte mit den finanziellen Zuschüssen und Zuweisungen des Landes bereits seit der Erstellung des Deubel-Gutachtens geführt werde. Er avisierte Benchmarkvergleiche. Der Haushalt habe ein Volumen von 565 Mio. €. Davon sei der weitaus überwiegende Teil Pflichtaufgaben. Aber auch diese müssen auf ihre mögliche Effektivierung hin überprüft werden, um einen weiteren Aufwuchs der Ausgaben zu vermeiden, freie Mittel für andere Pflichtaufgaben oder für freiwillige Aufgaben zur Verfügung zu haben.

Von Mitgliedern wurde ausgeführt, dass es sich weniger um eine schwarze, als vielmehr um eine tief rote Null im Haushaltsabschluss handeln würde. Die fachliche Diskussion der einzelnen Geschäftsbereiche im Finanzausschuss stehe noch aus. Die vorläufigen IST-Zahlen wurden gemäß der Zusage im Stadtrat heute übergeben. Von Seiten des Rates waren immer die Signale für eine sachliche Diskussion gegeben. Einigen Mitgliedern fehlten die Schwerpunktsetzungen und Gestaltungsvorschläge des Oberbürgermeisters. Diese müssten jetzt in den Sondersitzungen des Finanzausschusses zum Haushalt diskutiert werden. Herr Dr. Wiegand werde persönlich für entsprechende Abreden zum Haushalt benötigt. Auch die Bedingungen für den Nachtragshaushalt müssen beschlossen werden.

Im Ergebnis der ausführlichen Diskussion wurde festgestellt, dass die in den letzten beiden Sitzungen des Finanzausschusses gestellten Fragen mit der Präsentation beantwortet, die Bedenken des Stadtrates zum Teil bestätigt und entsprechende Korrekturen durchgeführt wurden. Am 12.03.2013 erfolge die ausführliche Diskussion zum Stellenplan. Ein politisches Agieren am vorgelegten Haushaltsplan sei nur sehr eingeschränkt möglich gewesen, da der Redaktionsschluss für diesen im September war. Die Konsolidierungsziele seien zurzeit nicht bekannt, jedoch habe die Verwaltung mit dem im Rahmen der Präsentation vorgelegten Zeitplan eine Selbstverpflichtung über die Fortführung der Diskussion übernommen.

Die Beantwortung der Verwaltung vom 27.02.2013 zum 2. Frageblock der SPD-Fraktion wurde gerügt. Die Kürze der Beantwortung der Fragen sei nicht hinnehmbar.

Abstimmungsergebnis:

beraten

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den participationsbericht 2011 zur Kenntnis.

zu 3.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie participationsbericht über das Jahr 2011 Festlegung der weiteren Beratungsfolge

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Dr. Meerheim, Herr Geier und Herr Rauschenbach.

Herr Geier bestätigte auf Nachfrage, dass die Ergebnisse der Beschlüsse des Finanzausschusses in den Haushalt per Änderungsdienst analog der vergangenen Jahre eingearbeitet und damit beschlossen werden können.

Es wurde festgestellt, dass die Mehrheit der Stadträte den ersthaften Versuch durchführen möchten, den Haushalt 2013 in der Stadtratssitzung im März 2013 zu beschließen.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Meerheim formulierte im Ergebnis der bisher erfolgten Diskussionen zum Haushalt 2013 folgenden

Beschlussvorschlag:

- 07.03.2013 – entfällt
- 12.03.2013 – Stellenplan
- 14.03.2013 – Diskussion der Änderungen der Fachausschüsse und der Verwaltung
- 19.03.2013 – Abschlussberatung im Rahmen der ordentlichen Sitzung inklusive ggf. Änderungsanträgen der Fraktionen (nach Möglichkeit bis zum 15.03. per Mail an Frau Beßler, damit Verteilung an den Finanzausschuss erfolgen kann)
- 26.03.2013 – Reservetermin für eine Abschlussberatung

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 7 mündlichen Anfragen

Einzelwertberichtigungen

Herr Knöchel bat die Verwaltung um die Darstellung der Methodik bezüglich der Auswirkungen von Fachausschussbeschlüssen bei Erhöhung der Einnahmen (siehe Beschluss im Ordnungs- und Umweltausschuss).

Frau Müller (amt. Fachbereichsleiterin Finanzen) führte aus, dass Korrekturkonten geführt werden. Da alte Forderungen nicht mehr sichtbar seien, werden Wertberichtigungskonten geführt. Sie könne im speziell gewünschten Einzelfall informieren. Herr Knöchel wurde gebeten, bei Einzelfragen bitte direkt auf sie zuzugehen.

Erbpachtverträge

Herr Knöchel führte aus, dass in der letzten Sitzung des Stadtrates eine Auflistung der Erbpachtverträge für die Freien Kita-Träger ausgegeben wurde. Drei Träger haben bereits signalisiert, dass die Angaben nicht korrekt seien. Es wurde um eine Überprüfung und schriftliche Stellungnahme über die tatsächliche Höhe der Einnahmen von Erbpachtverträgen im Jahr 2013 gebeten.

zu 8 Anregungen

Herr Dr. Meerheim fragte nach dem Bedarf der Durchführung eines nicht öffentlichen Teils der heutigen Sitzung. Alle Mitglieder verneinten diesen. Somit wurde auf die Durchführung eines nicht öffentlichen Teils verzichtet.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin